

**Gespräch von Vertretern des Runden Tisches mit Staatsminister Carsten Schneider (SPD),
Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland
am 1. Juli 2022 im Bundeskanzleramt**

Teilnehmer: Dietmar Polster, Dr. Klaus-Dieter Weißenborn, Monika Knappe

Carsten Schneider, BMAS-Staatssekretär Dr. Rolf Schmachtenberg

Nachdem Staatsminister Carsten Schneider auf die seit Dezember 2021 an ihn gerichteten Schreiben des Runden Tisches der Berufs- und Personengruppen zunächst überhaupt nicht geantwortet hatte, kam er an unserem nicht zu übersehenden Informationsstand auf der DGB-Kundgebung in Halle nicht umhin, uns eine Gesprächszusicherung zu geben. Das Gespräch fand am 1. Juli 2022 im Bundeskanzleramt in Berlin statt. Als Zeitrahmen wurde nur eine Stunde vorgegeben.

Quintessenz des Gesprächs:

Einen Gerechtigkeitsfonds entsprechend dem Vorschlag des Runden Tisches wird vom Ostbeauftragten Carsten Schneider in keiner Weise unterstützt. Es gäbe dafür keine Berechtigung. Er hätte sich auch schon als MdB mit Anfragen von Bürgern dazu beschäftigt und immer gesagt, dass er irgendwelche politischen Regelungen dafür nicht für erforderlich hielt.

Als „Mann klarer Worte“ erklärte er in einer „ehrlichen Antwort“, einen Gerechtigkeitsfonds wird es nicht geben. Alleiniges Ziel sei der im Koalitionsvertrag stehende „Härtefallfonds“, den man bis Ende des Jahres 2022 beschließen wolle, ja müsse, weil im Jahr 2023 dazu nichts mehr im Haushalt eingeplant ist. Ein Problem sei, dass sich die Länder nicht an der Ko-Finanzierung beteiligen wollen. Da müsse man nochmal bei den Bundesländern „nachhaken“.

Auch Erklärungen unsererseits, dass ja viele Politiker und Bundestagsabgeordnete aller Parteien den Berufs- und Personengruppen Unterstützung zugesagt haben, insbesondere dann, wenn sie in der Opposition waren, führten nicht zur Einsicht.

Selbst der Hinweis auf die eindeutig positive Formulierung im Wahlprogramm der SPD vom 24. November 2012 oder klare Erklärungen in Papieren der SPD-LG Ost mit unserer Wertung, dass Carsten Schneider doch damals sicher nicht dagegen gestimmt hätte, war erfolglos.

Es fehlte jeglicher Wille, überhaupt mit uns die Problematik genauer zu erörtern, obwohl sicher ist, dass Carsten Schneider die Problematik nicht hinreichend genau kennen kann. Ein solcher Umgang mit engagierten Vertretern der Berufs- und Personengruppen aus Ostdeutschland, die sich seit vielen Jahren für die Anerkennung der gesetzlichen Rentenansprüche dieser Gruppen einsetzen, ist eines Ostbeauftragten unwürdig.